

Solidarität, Links-Kommunitarismus und die Corona-Krise

ANDREAS NÖLKE

„Solidarität“ ist der Kernbegriff der bisherigen gesellschaftlichen Debatte zur Corona-Krise. Solidarität wird sowohl im Mikrobereich gefordert, etwa als Rücksichtnahme auf Ältere oder Kranke. Solidarität wird aber auch im Makrobereich eingeklagt, insbesondere von unseren südeuropäischen Nachbarstaaten Italien und Spanien, die so viel härter von der Krise getroffen werden als Deutschland.

„Solidarität“ ist in den letzten Jahren auch einer der Kernbegriffe einer Debatte im linken politischen Spektrum gewesen. Hier geht es um die Frage, wie linke Parteien mit dem 2015/2016 deutlich erhöhten Migrationsdruck nach Deutschland umgehen sollen. Begründet die Norm der Solidarität ein Recht auf Migration nach Deutschland? Analytisch fassen lässt sich diese Debatte als eine zwischen (Links-)Kommunitarismus und (Links-)Kosmopolitismus. Während Vertreter des Letzteren ein uneingeschränktes Recht auf Migration postulieren („no borders“), fordern erstere ein Management von Migration und damit eine Begrenzung.

Was können wir aus der „alten“ Solidaritätsdebatte für die aktuelle lernen? Und was lehrt uns die aktuelle Debatte in Bezug auf das Verhältnis zwischen Kommunitarismus und Kosmopolitismus? Eines ist – zumindest im linken politischen Spektrum – in beiden Fällen unstrittig: Solidarität ist geboten. Die kontroverse Frage bezieht sich eher darauf, ob diese Solidarität grenzenlos sein sollte bzw. wem sie in welchem Maße gelten soll.

Die Debatte zum Links-Kommunitarismus

Ausgangspunkt meines eigenen Beitrags zur alten Debatte war die geringe politische Popularität linker Parteien in einer Situation, in der hierzulande Sorgen über verfestigte Armut, zunehmende Ungleichheit und gesellschaftlichen Abstieg eine immer größere Rolle spielen – alles Faktoren, die linke Parteien eigentlich begünstigen sollten. Ich erkläre diese Diskrepanz

dadurch, dass ein großer Teil der klassischen Klientel linker Parteien (insbesondere Produktions- und Dienstleistungsarbeiter) sich entweder nicht mehr an Wahlen beteiligt oder mit der AfD eine rechtspopulistische Partei wählt.¹ Die damit einhergehende Unfähigkeit der linken Parteien, Mehrheiten im Bundestag zu erringen, macht ökonomisch progressive Politik auf längere Sicht unmöglich – zumal die bürgerlichen Wähler, die in jüngerer Zeit den Grünen zugeströmt sind, kein Interesse an einer harten Umverteilungspolitik haben.

Um zu verstehen, warum sich ein großer Teil der klassischen Unterstützer linker Parteien von letzteren entfremdet hat, wird von mir (vereinfacht) die Existenz einer neuen Spaltungslinie („cleavage“) im Parteienspektrum postuliert, die zwischen den Polen kosmopolitisch und kommunitaristisch und damit quer zur klassischen, ökonomischen „links-rechts“-Differenzierung verläuft. Im Mittelpunkt dieser neuen Differenzierung stehen insbesondere die Fragen der Migration und der Rolle der Europäischen Union. Während kosmopolitische Positionen Migration liberalisieren und die supranationalen Elemente der EU stärken wollen, stehen kommunitaristische Positionen diesen Ansinnen sehr skeptisch gegenüber. Für letztere bleiben der nationale, demokratische Sozialstaat und die von jenem kontrollierten Grenzen

der zentrale Bezugspunkt. Die neue Differenzierung löst die alte gesellschaftspolitische Differenz „liberal – konservativ“ als zweite zentrale Achse politischer Debatten zunehmend ab; für den Großteil der Bevölkerung sind die Streitfragen auf letzterer – etwa zur rechtlichen Stellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften – derzeit nicht so virulent.²

Ausgehend von dieser Neukonzeptionalisierung des Parteienwettbewerbs postuliere ich die Existenz einer links-kommunitaristischen Repräsentationslücke im politischen Spektrum. Keine Partei deckt die Präferenzen jener Wähler ab, die unter Umverteilungsgesichtspunkten „links“, gegenüber verstärkter Migration und der Stärkung der supranationalen Komponenten der EU aber skeptisch sind.³ Hinter den politischen Präferenzen links-kommunitaristischer Positionen stehen legitime ökonomische Interessen. Zentral sind dabei in jüngerer Zeit die unterschiedlichen Auswirkungen von Migration auf die Arbeitsmarktsituation formal hoch und weniger hoch Qualifizierter. Der Großteil der Migranten, über die seit 2015 intensiv diskutiert wird, hat ein ähnliches Qualifikationsprofil wie die am wenigsten privilegierten Mitglieder unserer Gesellschaft und stellt daher für diese eine unmittelbare Konkurrenz dar.⁴ Für die formal hochqualifizierten Mitglieder der Gesellschaft, die Migration regelmäßig

1 Nölke, A. (2017): Linkspopulär. Vorwärts handeln, statt rückwärts denken, Frankfurt a. M.

2 Floris Biskamp (Kein Kommunitarismus, nirgends. Eine Retraditionalisierung wird die Sozialdemokratie nicht retten. Replik auf Carsten Nickel, in: Leviathan 48 [2000] (1), S. 70–89) versteht die Achse „kosmopolitisch – kommunitaristisch“ als eine Synthese von (ökonomisch) „links – rechts“ und (gesellschaftspolitisch) „liberal – konservativ“, „kommunitaristisch“ daher als links-konservativ. Mir geht es aber nicht um eine Synthese etablierter Cleavages, sondern um eine neue – und schon gar nicht um gesellschaftspolitische Fragen, sondern um jene der politischen Organisation. Auch bei mir ergibt

sich daraus eine Vierfeldermatrix, vgl. Nölke (2017), a. a. O. (Fn. 1), S. 76ff.

3 Die genaue Größe der entsprechenden Wählergruppen lässt sich nicht bestimmen, da die am besten dokumentierten Daten der internationalen Wahlforschung nach wie vor nur die Dimensionen ökonomisch links – rechts und gesellschaftspolitisch liberal – konservativ abbilden. Sie dürfte aber nicht gering sein, wie auch Biskamp (a. a. O. [Fn 2], S. 74ff.) zugesteht.

4 Für Nachweise der entsprechenden empirischen Studien verweise ich auf Nölke, A. (2019): Keep it Straight and Simple, also with Respect to Migration: A Comment on Streeck's "Between

befürworten, fehlt hingegen diese Konkurrenz weitestgehend.

Gestaffelte Solidarität aus einer links-kommunitaristischen Perspektive

In einer links-kommunitaristischen Perspektive kollidieren die Interessen von Migranten mit dem Interesse am Schutz der Position der sozial Schwächeren in der eigenen Gesellschaft.⁵ Um dieses Spannungsverhältnis zu bearbeiten, greife ich den Begriff der „*layered obligations*“ von David Goodhart auf und spreche von einer „gestaffelten Solidarität“.⁶ Pragmatisch orientiert sie sich an der Nähe zu denjenigen, die sozioökonomisch in der Lage sind, Solidarität auszuüben. Während Solidarität innerhalb einer Familie unbegrenzt sein kann, hat sie auf globaler Ebene deutliche Grenzen. Es ist aus dieser Perspektive vollkommen realitätsfern, gegenüber der gesamten Menschheit dieselbe Verpflichtung zu fordern wie gegenüber den eigenen Kindern. Die gegenseitigen Unterstützungsleistungen in einer Kommune, auf nationaler Ebene und in der EU stehen dazwischen.

Dieser groben Regel entspricht empirisch, dass die Solidarität in Deutschland – etwa bei der Finanzierung der Wiedervereinigung oder des Sozialstaats – deutlich ausgeprägter ist als auf europäischer Ebene (Strukturfonds, Eurorettungspakete) und jene wiederum weitaus umfangreicher als die gegenüber dem fernen Afrika, Asien und Lateinamerika (Entwicklungshilfe, Katastrophenhilfe). Niemand denkt ernsthaft daran, dieses Verhältnis umzukehren, also beispielsweise für Entwicklungshilfe deutlich mehr Geld auszugeben als für den nationalen Sozialstaat, obwohl die Armut in fernen Ländern weitaus ausgeprägter ist als bei uns.

Die Kategorien der Solidarität sind auch nicht ethnisch oder religiös zu begründen. Gerade türkischstämmige Migranten gehören in Deutschland oftmals zu den wirtschaftlich und sozial Benachteiligten. Hier liegt ein fundamentaler Unterschied zwischen rechts- und links-kommunitaristischen Positionen – während erstere eine feststehende ethnisch-religiöse Identität postulieren, um Solidarität in einer „Volksgemeinschaft“ zu legitimieren (und keine Solidarität außerhalb dieser Gemeinschaft), steht aus links-kommunitaristischer Perspektive der demokratische Willensbildungsprozess aller deutscher Staatsbürger im Vordergrund, um das Ausmaß der Solidarität zu bestimmen – und die Vermutung, dass diese Solidarität nicht an ethnischen oder religiösen Grenzen Halt macht.⁷

Die einzelnen Kategorien der Solidaritätsstaffelung sind – wie bei jedem demokratischen Willensbildungsprozess – auch nicht in Stein gemeißelt. So hat sich etwa in den letzten Jahrzehnten die Solidaritätsgemeinschaft in Westdeutschland auf Ostdeutschland erweitert, jene in Westeuropa ihrerseits auf Süd- und Osteuropa. Und auch aus links-kommunitaristischer Sicht gab es eine Solidaritätspflicht gegenüber den Migranten in der Krise 2015/2016 – aber jene wäre wohl besser durch eine deutliche Ausweitung der deutschen Unterstützung von Flüchtlingslagern in Staaten wie Jordanien zu leisten gewesen.

Natürlich gibt es noch weitere Determinanten für das Ausmaß der grenzüberschreitenden Solidarität. Dazu gehören insbesondere der Reichtum und das Ausmaß an Gleichheit innerhalb der eigenen Gemeinschaft. Wenn unsere Gesellschaft durchgehend reich wäre, wäre von ihr auch ein weit höheres Maß an transnationaler Solidarität zu erwarten. Aber sie ist heute von einem hohen Maß an Armut und Ungleichheit gekennzeichnet. Wenn die deutsche Politik auf starke Zuwanderung wenigstens umgehend mit Maßnahmen wie höheren Steuern für die Reichen, der Schaffung von Arbeitsplätzen für wenig Qualifizierte und sozialen Wohnungsbau reagieren würde, wäre die Situation bereits anders – und die Kommunitarismus-Kosmopolitismus-Cleavage wohl weit weniger relevant.⁸

Solidarität in der Corona-Krise

Was bedeuten diese Überlegungen für den Umgang mit der Corona-Krise? Zunächst wird das Konzept der gestaffelten Solidarität durch das Verhalten der Bevölkerung vielfach empirisch bestätigt, zum Teil mehr als progressiven Gesellschaftsbeobachtern lieb sein kann.⁹ Nach dem Ausbruch der Krise findet eine breit an-

gelegte Flucht in die Familiensolidarität statt, kaum jemand will die Krise in der Ferne überdauern. Auch die Solidarität in der Nachbarschaft wird in unzähligen Initiativen – etwa den Balkonzertnen – eindrucksvoll wiederbelebt. Große Profiteure der Krise sind zudem die Regierungen, deren auf den Nationalstaat fixierten Maßnahmen zur Krisenbekämpfung von der Bevölkerung breit gestützt werden, unter Einschluss von (oftmals in der Virusbekämpfung kontraproduktiven) Grenzsicherungen. Gleichzeitig gibt es einen extremen Mangel an Solidarität jenseits des Nationalstaats, etwa gegenüber den südeuropäischen Nachbarstaaten oder den Flüchtlingen im Nahen Osten. Die Europäische Union spielt in der Krise eine ausgesprochen periphere Rolle.

Auch in dieser Situation kann das links-kosmopolitische Modell der grenzenlosen Solidarität politisch nicht überzeugen. Es würde bedeuten, alle verfügbaren Ressourcen nun denen zu widmen, die besonders bedürftig sind. Atemschutzmasken und Schutzkleidung müssten daher in ärmere Länder gesendet werden, auch wenn das zu einer gefährlichen Situation für Ärzte und Pflegekräfte in Deutschland führen würde. Die europäischen Grenzen müssten zudem weit geöffnet werden, um Migranten den vollen Zugang zu den hier besser ausgestatteten Gesundheitssystemen zu ermöglichen.

Aus einer ethischen Perspektive sind diese Forderungen naheliegend, politisch wären sie kontraproduktiv. Sie würden im Endeffekt das Gegenteil von dem erreichen, was beabsichtigt ist, da rechts-kommunitaristische Parteien so nur noch weiter gestärkt würden. Die AfD hat zwar bisher keine kohärente Position zur Corona-Krise entwickelt, aber die ausgeprägte kommunitaristische Krisenpolitik der Bundesregierung wurde bereits durch einen deutlichen Aufschwung von CDU/CSU in der Sonntagsfrage honoriert.

Charity and Justice“, in: Culture, Practice and Europeanization 4 (1), S. 159–164.

5 Vgl. zum Weiteren Nölke (2017), a. a. O. (Fn. 1), S. 105ff.

6 Vgl. Goodhart, D. (2013): Why the Left is Wrong about Immigration, in: The Guardian vom 27. 03. 2013.

7 Die meisten AfD-Wähler folgen jedoch rassistischen (und soziokulturell traditionellen) Diskursen, darin gebe ich Biskamp (in diesem Heft) recht. Wenn man aber die anderen AfD-Wähler

(und Nichtwähler mit links-kommunitaristischen Präferenzen) zurückgewinnen könnte, wäre für progressive Mehrheiten bereits viel gewonnen.

8 Insofern würde ich im Gegensatz zu Biskamp (in diesem Heft) den Links-Kommunitarismus auch nicht als „Sehnsuchtsbild“ beschreiben. Wenn die ökonomischen und sozialen Gegensätze in Deutschland ausgeglichen sind (und die EU eine progressive Kraft ist), können wir Linken uns gerne alle kosmopolitisch orientieren.

9 Hier sind natürlich nur vorläufige Beobachtungen möglich (Stand Anfang April 2020).

Links-kommunitaristische Perspektiven verfolgen hier einen mittleren Weg: Auch sie fordern mehr transnationale Solidarität in der Corona-Krise, insbesondere eine Unterstützung der europäischen Nachbarländer, des globalen Südens und der Menschen in den Flüchtlingslagern. Um eine Arbeitsmarktkonkurrenz in Deutschland zu vermeiden, sollten Mittel zur Unterstützung letzterer aber vor allem in Form

einer massiven Aufstockung der Mittel für die vor Ort tätigen humanitären Organisationen erfolgen. Immerhin: In der Ablehnung der transnational ausgesprochen unsolidarischen Politik der Bundesregierung in der Frühphase der Corona-Krise sind sich links-kosmopolitische und links-kommunitaristische Positionen – und somit auch Biskamp und Nölke – einig. ■

AUTOR

ANDREAS NÖLKE, Dr., Professor für Politikwissenschaft, Goethe-Universität Frankfurt und Leibniz Institut für Finanzmarktforschung SAFE. Forschungsschwerpunkte: Vergleichende Kapitalismusforschung, Finanzialisierung, Populismus.

 a.noelke@soz.uni-frankfurt.de